

## **Tod in der Zelle: Abschiebung um jeden Preis**

Anmoderation

Anja Reschke:

„Unser neuer Bundespräsident hat eine Mission. Es ist die Integration. Das hat Christian Wulff ganz deutlich in seiner Antrittsrede gesagt. Integration soll der Schwerpunkt seiner Amtszeit werden.“

O-Ton

Christian Wulff:

„Wir müssen unser Land weiter internationalisieren. Das können wir schon hier bei uns einüben in unserer bunten Republik Deutschland.“

Anja Reschke:

„Ein Teil dieser schönen bunten Republik ist auch Niedersachsen. Die Heimat von Christian Wulff. Das Land, das er bis vor kurzem regiert hat. In dem er eine Tochter türkischer Einwanderer zur Ministerin gemacht hat. Als Zeichen geglückter Integration. Aber Niedersachsen ist auch das Land, in dem die Geschichte von Slawik C. passiert ist. Ein Mann, der hierher kam und Asyl wollte. Ein Mann, der alles dafür getan hat, um ein guter Deutscher zu werden. Der jahrelang versucht hat, sich zu integrieren. Und der erleben musste, dass das den deutschen Behörden und dem deutschenn Staat das herzlich wenig interessiert. Marie Elane Hansen und ich haben die Geschichte von Slawik C. nachgezeichnet.“

Hier endet die Geschichte von Slawik C. Ein Mann, der so gerne Deutscher sein wollte. Aber er war nur geduldet. Als er abgeschoben werden soll, erhängt sich Slawik C. in Abschiebehäft. Unter den 200 Trauergästen im niedersächsischen Jesteburg auch viele Deutsche. Denn Slawik hatte hier Freunde gefunden.

O-Ton

Hans Joachim Kölbl,  
Nachbar:

„Wenn wir da hinkamen, einfach nur zum Hallo sagen und die hatten grad eine Feier, da wurden zwei Tische dazugestellt, zwei Teller, man wurde verköstigt, es war immer eine herzliche Stimmung – der hat zu mir gesagt, ich sei ein Bruder – das war einfach irre.“

O-Ton

Karin Wehling,  
Bekannte:

„Er lebte elf Jahre hier, hat Familie, lässt sich nichts zu Schulden kommen, arbeitet wo immer es geht, hilft, wo immer es geht, was soll ich dazu sagen, es ist einfach eine Schweinerei.“

Vor elf Jahren kommt Slawik mit Frau und Sohn aus Aserbaidshan. Er gehöre dort zur armenischen Minderheit erzählt er. Werde verfolgt. Sein Asylantrag wird abgelehnt. Doch abgeschoben werden kann er nicht, er hat keinen Pass. Slawik wird nach Jesteburg gebracht. Er bezieht eine Wohnung und beginnt, sich in Deutschland einzuleben. Zuständig

für ihn die Ausländerbehörde Kreis Harburg. Die allerdings hat kein Interesse, dass Slawik sich hier einlebt.

O-Ton

Joachim Bordt,

Landrat Kreis Harburg:

„Die Pflicht der Ausländerbehörde ist, den Aufenthalt dann zu beenden. Indem aufenthaltsbeendende Maßnahmen eingeleitet werden. Das beginnt damit, dass den Betroffenen freiwillig die Möglichkeit gegeben wird, auszureisen. Wenn das nicht gegeben ist, dann muss zur Abschiebung gegriffen werden.“

Während Slawik nichts ahnt, fragt die Behörde in Aserbaidschan nach. Slawik hatte das als seine Heimat angegeben. Aber Aserbaidschan behauptet ihn nicht zu kennen.

O-Töne

Joachim Bordt,

Landrat Kreis Harburg:

„Das heißt die aserbaidischen Behörden haben über unsere deutsche Botschaft seine Identität als Aserbaidschaner nicht bestätigt.“

Panorama:

„Und damit ist für Sie klar?“

Joachim Bordt,

Landrat Kreis Harburg:

„Dass er uns falsche Angaben gemacht hat.“

Falsche Angaben? Kai Weber vom Flüchtlingsrat Niedersachsen kennt auch falsche Angaben der Aserbaidschaner.

O-Ton

Kai Weber,

Flüchtlingsrat Niedersachsen:

„Aserbaidschan hat kein Interesse daran, armenische Volkszugehörige wieder zurück zunehmen, sie will die Kontrolle behalten über diese Gebiete, aus denen die Flüchtlinge kommen, deshalb möchte sie diese armenischen Flüchtlinge nicht wieder zurück nehmen. Die Weigerung der aserbaidischen Botschaft, der Familie Papiere auszustellen, sagt gar nichts darüber aus, ob sie tatsächlich aus Aserbaidschan stammen oder eben nicht.“

Für die Behörde spielt das keine Rolle. Wenn Aserbaidschan Slawik nicht nimmt, dann müssen sie eben ein anderes Land finden, in das sie ihn zurück schicken können.

O-Ton

Joachim Bordt,

Landrat Kreis Harburg:

„Es bleibt uns doch gar nichts anders übrig, wir müssen eigentlich alles unternehmen, um am Ende den Aufenthalt doch zu beenden und dazu gehört eine Identitätsklärung.“

Weil Slawiks Identität in Aserbaidschan nicht zu klären war, versucht man es als nächstes in Armenien. Vielleicht ist er ja da bekannt. Schließlich hatte Slawik selbst angegeben, zur armenischen Minderheit zu gehören. Von all dem ahnt Slawik nichts. Die Gemeinde hat ihm ein kleines Haus zur Verfügung gestellt. Er renoviert, bringt den Garten auf Vordermann. Versucht sich bei allen nützlich zu machen.

O-Ton

Elisabeth Meinhold-Engbers,  
Freundin der Familie:

„Sie haben alles getan um ein Teil dieser Dorfgemeinschaft zu sein, Sie haben sogar mehr getan als viele andere tun, sie haben sich ehrenamtlich beteiligt.“

Inzwischen hat die Anfrage in Armenien Erfolg. Interpol Eriwan hat einen Mann namens Slawik K. identifiziert. Aber weder Geburtsort noch Geburtstag stimmen mit den Angaben des Jesteburgers überein.

Und auch das mitgeschickte Foto hat keine Ähnlichkeit mit Slawik. Das fällt auch einem BKA Beamten auf. Er meldet an die Behörde: *Der Lichtbildvergleich verlief negativ. Es handelt sich um verschiedene Personen.*

O-Töne

Joachim Bordt,  
Landrat Kreis Harburg:

„Das war natürlich ein Ergebnis, was nicht welches nicht weiter verwertbar war aus der Sicht der Ausländerbehörde.“

Panorama:

„Warum können Sie in dem Moment nicht sagen, okay, wir haben keinen Beweis, wir machen die Akte zu?“

Joachim Bordt,  
Landrat Kreis Harburg:

„Weil wir die Fälle so nicht beenden. Dass sie ungeklärt bleiben. Wir sind gehalten als Ausländerbehörde, alle uns zur Verfügung stehenden Recherchemöglichkeiten auszuschöpfen und zu einem Ergebnis zu kommen.“

Offene Recherche – oder der Wunsch nach Ergebnis, also Abschiebung. Die übergeordnete Behörde in Lüneburg fragt nochmal bei den Armeniern nach. Soll Passersatzpapiere besorgen. Bei der armenischen Botschaft in Berlin. Aber merkwürdig: Für den Antrag wird auch das Papier mit der falschen Identität verwendet.

O-Töne

Panorama:

„Warum hat man denn dann die Daten trotzdem an die armenische Botschaft geschickt?“

Paul Middelbeck,

Innenministerium Niedersachsen:

„Das ist der Sinn auch eines Rückübernahmeantrags und auch eines Passersatzpapierverfahrens, dass man alle Angaben, die uns zur Verfügung stehen, nutzt, um dann ein Papier zu bekommen, das zur Rückkehr in einen anderen Staat berechtigt.“

Panorama:

„Alle Angaben, egal ob richtig oder falsch?“

Paul Middelbeck,

Innenministerium Niedersachsen:

„Ob die Angaben richtig sind, ist ja nun gerade das, was die Staaten des Herkunftslandes zu prüfen haben.“

Armenien stellt tatsächlich ein Passersatzpapier aus. Damit kann Slawik abgeschoben werden.

O-Ton

Kai Weber,

Flüchtlingsrat Niedersachsen:

„Es scheint uns mit rechtsstaatlichen Maßstäben nicht akzeptabel, dass man Papiere aus einem Land unter Vorspiegelung falscher Tatsachen beschafft und einen Flüchtling womöglich in ein Land abschiebt, das er womöglich nie gesehen hat.“

Von all dem erfährt Slawik C erst mal nichts.

O-Ton

Elisabeth Meinhold-Engbers,

Freundin der Familie:

„Die Familie hat wohl irgendwie immer geglaubt, dass wenn man sich so verhält, wie man muss und sie sind ja auch regelmäßig in die Ausländerbehörde gegangen, dann wird alles gut. Ich glaube nicht, dass er die Bedrohung sozusagen realisiert hat.“

Auch Ende Juni geht Slawik nichtsahnend in die Ausländerbehörde. Hier muss er regelmäßig seine Duldung verlängern. Aber dieses Mal wird er ein Stockwerk höher geschickt. Und da: wartet die Polizei auf ihn. Slawik wird verhaftet und kommt in Abschiebehaft.

Neun Tage später soll er nach Armenien abgeschoben werden. Die Gelegenheit sich von Freunden zu verabschieden, bekommt er nicht mehr. Drei Tage vor seiner Abschiebung erhängt er sich in seiner Zelle.

O-Ton

Joachim Bordt,

Landrat Kreis Harburg:

„Dieses Ergebnis will am Ende keiner. Das ist so. Und trotzdem. Natürlich musste ich mich auch sehr intensiv mit diesem Fall beschäftigen und ich bin froh am Ende, dass ich schon feststellen muss, dass es so, wie in einem Rechtsstaat üblich ist abgelaufen ist.“

O-Ton

Paul Middelbeck,

Innenministerium Niedersachsen:

„Ich kann bei allem, was wir uns jetzt auch aus den Akten angesehen haben und überprüft haben, nicht feststellen, dass es da im Ablauf der Behörden Fehler gegeben hat, der diese Kurzschlusshandlung hätte auslösen können.“

Bericht: Marie Elane Hansen, Anja Reschke